

Niederschrift
Öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

Sitzungstermin:	Freitag, 13.12.2002
Sitzungsbeginn:	09:06 Uhr
Sitzungsende:	16:15 Uhr
Ort, Raum:	35037 Marburg, Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt

Anwesend sind:

vom Haupt- und Finanzausschuss

Herr Aab, Peter
Herr Acker, Matthias
Herr Becker, Reinhold
Herr Göttling, Dietmar
Herr Heubel, Christian
Herr Köster-Sollwedel, Henning
Herr Ludwig, Heinz bis 10:10 Uhr bei TOP 2
Frau Neuwohner, Elke
Herr Rehlich, Jürgen
Frau Dr. Weinbach, Kerstin ab 09:16 Uhr bei TOP 2
Herr Dr. Wulff, Reimer bis 15:54 Uhr bei TOP 4

vom Magistrat Oberbürgermeister Möller, Bürgermeister Vaupel und
Stadtrat Dr. Kahle

vom Ausländerbeirat:

**vom Kinder- und
Jugendparlament:**

von der Verwaltung: die Herren Michel, Finger (Haupt-, Personal und Organisati-
onsamt), H. Hofmann (Rechnungsprüfungsamt), Sprenger
(persönlicher Referent des Oberbürgermeisters), Braster
(Rechtsamt), Kauffmann und Preis (Stadtkämmerei)

**TOP 1 Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 22. Oktober 2002, 28.
Oktober 2002 und 26. November 2002**
Gegen die Niederschriften bestehen keine Einwände.

TOP 2 Schlussabstimmung zum Haushalt 2003
Vorlage: VO/0943/2002
Grundlagen für die Beratung und Abstimmung im Haupt- und Finanzausschuss
sind der Entwurf des Haushaltes 2003 sowie die am 10. Dezember 2002 einge-

brachten Änderungsanträge von Magistrat und Fraktionen mit einer Zusammenstellung (Synopsis) von korrespondierenden Anträgen.

Anhand dieser Unterlagen ruft der Vorsitzende Becker zunächst die in der Synopsis zusammengestellten Anträge des Verwaltungshaushaltes einzeln zur Abstimmung auf:

0600/1700 "Zuschuss Besuchsprogramm (Zwangsarbeit)"

Es liegen identische Anträge vor von Magistrat und SPD/GRÜNEN.

Die identischen Anträge von Magistrat und SPD/GRÜNEN auf Reduzierung des Ansatzes um 5.000 € werden einstimmig angenommen.

4512/1100 "Teilnehmerentgelte"

Es liegen Anträge vor von Magistrat und SPD/GRÜNEN.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Erhöhung des Ansatzes um 20.000 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und CDU gegen die Stimme von PDS/ML bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM, und MBL) angenommen.

Der Antrag des Magistrats auf Erhöhung des Ansatzes um 18.330 € ist damit erledigt.

8000/2100 "Überschuss DBM"

Es liegen Anträge vor von SPD/GRÜNEN und PDS/ML.

Der Antrag von PDS/ML auf Erhöhung des Ansatzes um 135.000 € wird gegen die Stimme von PDS/ML ansonsten einstimmig abgelehnt.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Erhöhung des Ansatzes um 35.000 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) bei Enthaltung von PDS/ML angenommen.

8000/2110 "Sonst. Ausschüttung"

Es liegen Anträge (teilweise identisch) vor von SPD/GRÜNEN, CDU und PDS/ML.

Die identischen Anträge von CDU und PDS/ML auf Veranschlagung von 150.000 € für GeWoBau werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und PDS/ML bei Enthaltung der Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Veranschlagung von 50.000 € für GeWoBau wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN, CDU und PDS/ML bei Enthaltung der Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

8000/2130 "Gewinnabführung von SWM" und 8300/2110 "Sonst. Ausschüttung SWM"

Es liegen Anträge vor von Magistrat, SPD/GRÜNEN, CDU und PDS/ML.

Der Antrag von PDS/ML auf Veranschlagung von 2.000.000 € wird gegen die Stimme von PDS/ML ansonsten einstimmig abgelehnt.

Der Antrag der CDU auf Veranschlagung von 1.000.000 € wird gegen die Stimmen von CDU und PDS/ML ansonsten einstimmig abgelehnt.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Veranschlagung von 250.000 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN, CDU und PDS/ML gegen die Stimme der Zählergemeinschaft (FDP, BfM und BML) angenommen.

Damit ist der Antrag des Magistrats auf Veranschlagung von 100.000 € erledigt.

8700/2100 "Bilanzgewinn der Sparkasse"

Es liegen Anträge (teilweise identisch) vor von Magistrat, SPD/GRÜNEN, CDU und PDS/ML.

Die identischen Anträge von SPD/GRÜNEN und PDS/ML auf Erhöhung des Ansatzes um 765.000 € werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen von CDU und Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Die jeweiligen Anträge des Magistrats und der CDU auf Erhöhung des Ansatzes um 9.000 € bzw. um 265.000 € sind damit erledigt.

9100/2070 "Zinsen von Giro- und Festgeldkonten"

Es liegen Anträge vor von Magistrat und SPD/GRÜNEN.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Erhöhung des Ansatzes um 20.000 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen von CDU und Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Der Antrag des Magistrats auf Erhöhung des Ansatzes um 109 € ist damit erledigt.

0000/7170 "Job-Ticket für Mandatsträger"

Es liegen Anträge vor von SPD/GRÜNEN und CDU.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Reduzierung des Ansatzes um 3.500 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) bei Enthaltung von CDU und PDS/ML angenommen.

Der Antrag der CDU auf Reduzierung des Ansatzes um 2.000 € ist damit erledigt.

0600/6310 "Besuchsprogramm Zwangsarbeit"

Es liegt ein Antrag des Magistrats vor.

Der Antrag des Magistrats auf Reduzierung des Ansatzes um 10.000 € wird einstimmig angenommen.

0600/7000 "Zuschuss Geschichtswerkstatt"

Es liegen Anträge vor von Magistrat und SPD/GRÜNEN.

Der Antrag des Magistrats auf Veranschlagung von 10.000 € wird einstimmig angenommen.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf den neuen Titel "Zuschuss Geschichtswerkstatt für Besuchsprogramm Zwangsarbeit" wird einstimmig angenommen.

1130/5770 "Agenda 21"

Es liegen Anträge vor von CDU und PDS/ML.

Der Antrag der CDU auf Streichung des Ansatzes von 10.226 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen von CDU und Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Der Antrag von PDS/ML auf Erhöhung des Ansatzes um 9.774 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und CDU bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) gegen die Stimme von PDS/ML abgelehnt.

1130/5790 "In die Stadt ohne Auto"

Es liegen Anträge vor von CDU und FDP.

Der Antrag der CDU auf Streichung des Ansatzes von 17.895 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Der Antrag der FDP auf Verhängung einer Sperre wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

3200/7020 "Verschiedene Zuschüsse"

Es liegen Anträge vor von Magistrat, CDU und PDS/ML.

Der Stadtverordnete Köster-Sollwedel ändert seinen Antrag von ursprünglich 5.113 € für D.I.R. auf nunmehr 5.000 € ab. Damit liegen gleichlautende Anträge für D.I.R. von Magistrat und PDS/ML vor.

Die nunmehr identischen Anträge von Magistrat und PDS/ML auf Erhöhung des Ansatzes um 5.000 € und eines Sperrvermerkes für D.I.R. werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimme der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) bei Enthaltung der CDU angenommen.

Der Antrag des Magistrats auf Erhöhung des Ansatzes um 1.400 € für Schulkultur e. V. wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimme der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) bei Enthaltung der CDU angenommen.

Der Antrag der CDU auf Reduzierung des Ansatzes um 2.800 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

3300/7010 "Förderung des Konzertwesens"

Es liegen Anträge vor von Magistrat, CDU und PDS/ML.

Der Antrag von PDS/ML auf Erhöhung des Ansatzes um 2.700 € für JIM

wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN, CDU und Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) gegen die Stimme von PDS/ML abgelehnt.

Der Antrag der CDU auf Reduzierung des Ansatzes um 9.700 € (Einsparungen) und um 500 € für Politöne wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Der Antrag des Magistrats auf Erhöhung des Ansatzes um 1.000 € für Canterino Barock wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimme der Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) bei Enthaltung der CDU angenommen.

3300/7020 "Ausfallgarantien"

Es liegen Anträge vor von SPD/GRÜNEN und CDU.

Die Fraktionen von SPD/GRÜNEN und CDU ändern ihre ursprünglichen Anträge (SPD/GRÜNE - 2.000 € und CDU - 3.500 €) auf einen gemeinsamen Betrag von - 3.000 € ab.

Die nunmehr identischen Anträge von SPD/GRÜNEN und CDU auf Reduzierung des Ansatzes um 3.000 € werden einstimmig angenommen.

3300/7040 "Zuschuss Musikschule"

Es liegen Anträge vor von Magistrat und CDU.

Die CDU-Fraktion zieht ihren Antrag auf Erhöhung des Ansatzes um 2.000 € (Tarifierhöhung) zurück.

Der Antrag des Magistrats auf Erhöhung des Ansatzes um 500 € (Sitzgelegenheit) wird einstimmig angenommen.

3300/7070 "Förderung der freien Theaterarbeit"

Es liegen Anträge vor von SPD/GRÜNEN, CDU und PDS/ML.

Der Antrag von PDS/ML auf Erhöhung des Ansatzes um 27.100 € für Gegenstand, 26.400 € für Waggonhalle und 13.500 € für Theaterwerkstatt wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN, CDU und Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) gegen die Stimme von PDS/ML abgelehnt.

Der Antrag der CDU auf Reduzierung des Ansatzes um 33.000 € für German Stage Service und um 9.400 € für restliche wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN bei Enthaltung von PDS/ML gegen die Stimmen von CDU

und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Erhöhung des Ansatzes um 900 € für Act Easy wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) bei Enthaltung von PDS/ML angenommen.

3300/7082 "Zuschuss Europ. Theaterfestival"

Es liegen Anträge vor von Magistrat und SPD/GRÜNEN.

Die SPD-Fraktion ändert ihren ursprünglichen Antrag auf Reduzierung des Ansatzes um 2.500 dahingehend ab, dass sie sich nunmehr dem Antrag des Magistrats auf Reduzierung des Ansatzes um 3.500 € anschließt.

Die nunmehr identischen Anträge von Magistrat und SPD/GRÜNEN auf Reduzierung des Ansatzes um 3.500 € werden einstimmig angenommen.

3300/7083 "Förderung innovativer Projekte" - neue Bezeichnung "Stellenpool"

Es liegen Anträge vor von Magistrat und SPD/GRÜNEN.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Erhöhung des Ansatzes um 14.500 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Damit ist der Antrag des Magistrats auf Erhöhung des Ansatzes um 4.500 € erledigt.

Der Antrag des Magistrats auf einen Sperrvermerk für IGFK über 20.000 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen der CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

3300/7085 "Zuschuss KPG-Tanz"

Es liegen identische Anträge vor von Magistrat, SPD/GRÜNEN und CDU.

Die identischen Anträge von Magistrat, SPD/GRÜNEN und CDU auf Streichung des Ansatzes von 4.100 € werden einstimmig angenommen.

3400/7050 "Ramba Zamba"

Es liegen Anträge vor von Magistrat und CDU.

Die CDU-Fraktion tritt dem Antrag des Magistrats bei, so dass jetzt identische Anträge vorliegen.

Die nunmehr identischen Anträge von Magistrat und CDU auf Reduzierung des Ansatzes um 2.000 € werden gegen die Stimme der PDS/ML ansonsten einstimmig angenommen.

3400/7170 "Literaturförderung"

Es liegen identische Anträge vor von Magistrat, SPD/GRÜNEN und CDU.

Die identischen Anträge von Magistrat, SPD/GRÜNEN und CDU auf Erhöhung des Ansatzes um 1.000 € für NLG, um Reduzierung des Ansatzes um 1.000 € für Literaturforum und Strömungen unverändert werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und CDU gegen die Stimme der PDS/ML bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

3400/7177 "Zuschuss Abraxas"

Es liegen Anträge vor von CDU und PDS/ML.

Der Antrag von PDS/ML auf Erhöhung des Ansatzes um 7.100 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN, CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) gegen die Stimme von PDS/ML abgelehnt.

Der Antrag der CDU auf Reduzierung des Ansatzes um 3.600 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

3400/7178 "Zuschuss Haus der Romantik"

Es liegen identische Anträge vor von CDU und BfM.

Die identischen Anträge von CDU und BfM auf Erhöhung des Ansatzes um 2.900 € werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

3600/5710 "Beiträge zur Stadtgeschichte" (Erl. im Vorbericht)

Es liegen Anträge vor von Magistrat und SPD/GRÜNEN.

Die Anträge des Magistrats auf Erläuterung im Vorbericht "Städt. Leben..." noch 2002; Synagoge erst 2003 und von SPD/GRÜNEN Bantzer "Lauf des Lebens" werden einstimmig aufgenommen.

4310/7000 "Altenbetreuung"

Es liegen Anträge vor von SPD/GRÜNEN, CDU und FDP.

Der Antrag der FDP auf Sperre von 130.000 € bei St. Jakob und 7.000 € Sperre bei versch. Organisationen wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Der Antrag der CDU auf Reduzierung des Ansatzes um 8.920 € für AWO und Reduzierung um 30.000 € bei St. Jakob wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Reduzierung des Ansatzes um 25.000 € (St. Jakob) wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN, CDU und Zählgemeinschaft gegen die Stimme von PDS/ML angenommen.

4330/7000 "Zuschüsse an verschiedene Träger"

Es liegen Anträge (teilweise identisch) vor von Magistrat, SPD/GRÜNEN und CDU.

Die identischen Anträge von Magistrat und CDU auf Reduzierung des Ansatzes um 3.000 € bei Caretta werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN, CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) bei Enthaltung von PDS/ML angenommen.

Der Antrag der CDU auf Reduzierung des Ansatzes um 9.000 € für AG Freizeit und um 2.300 € für PSAG wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Reduzierung des Ansatzes um 16.000 € für Mino wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN, CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) bei Enthaltung von PDS/ML angenommen.

Der Antrag der CDU auf Umwidmung Mino-Nachfolger ist damit erledigt.

4390/7000 "Zuschüsse an verschiedene Träger"

Es liegen Anträge vor von Magistrat, SPD/GRÜNEN, CDU und PDS/ML.

Der Antrag von PDS/ML auf Erhöhung des Ansatzes um 5.250 € für To-wanda, 12.000 € für Frauen helfen Frauen, 14.700 € für Wildwasser und 16.500 € für Wendo wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN, CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) gegen die Stimme von PDS/ML abgelehnt.

Der Antrag der CDU auf Erhöhung des Ansatzes um 1.000 € für Sozial-dienst Kath. Frauen, Reduzierung des Ansatzes um 1.000 € Pro Familia, 4.500 € Wildwasser, 1.000 € Aktiva, 7.300 € Tuntonia und 1.500 DGB wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen der CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Reduzierung des Ansatzes um 4.183 € und Frauen helfen Frauen bleibt bei 53.000 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und CDU gegen die Stimmen von PDS/ML und Zählge-meinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Der Antrag des Magistrats auf Erhöhung des Ansatzes um 500 € für Frei-willigen-Agentur wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN gegen 2 Stim-men aus den Reihen der CDU, PDS/ML und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) und 1 Stimme Enthaltung aus den Reihen der CDU angenom-men.

4640/7010 "Zuschüsse an Kindergärten freier Träger"

Es liegen Anträge vor von Magistrat, CDU und PDS/ML.

Der Antrag von PDS/ML auf Erhöhung des Ansatzes um 83.379 € für AKSB wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und CDU bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) gegen die Stimme von PDS/ML abgelehnt.

Der Antrag der CDU auf Erhöhung des Ansatzes um 50.000 € (Vertret.-Bedarf) wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Der Antrag des Magistrats auf Erhöhung des Ansatzes um 58.000 € für Weißer Stein und um Reduzierung des Ansatzes um 51.513 € für 4. Gruppe Waldtal wird einstimmig angenommen.

4680/7000 " Zuschüsse an freie Träger für Kinder- und Jugendarbeit"

Es liegen Anträge (teilweise identisch) vor von Magistrat, SPD/GRÜNEN, CDU und PDS/ML.

Der Stadtverordnete Köster-Sollwedel zieht seinen Antrag auf Erhöhung des Ansatzes um 25.080 € für BSF zurück. Gleichzeitig ändert er seinen Antrag auf Erhöhung des Ansatzes um 45.684 € für St. Martin-Haus auf eine Erhöhung um 13.494 € für St. Martin-Haus ab.

Die nunmehr identischen Anträge von PDS/ML und CDU auf Erhöhung des Ansatzes um 13.494 für St. Martin-Haus werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) und PDS/ML abgelehnt.

Der Antrag der CDU auf Reduzierung des Ansatzes um 12.000 € für Wolkenkratzer wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen von CDU und Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Die identischen Anträge von Magistrat und SPD/GRÜNEN auf Erhöhung des Ansatzes um 214.663 € BSF für Gemeinwesenarbeit Richtsberg werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN, CDU und PDS/ML bei Enthaltung der Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.
Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Erhöhung des Ansatzes um 3.000 € für St. Martin-Haus wird einstimmig angenommen.

5500/5790 "Sonstige Sachkosten"

Es liegen Anträge vor von Magistrat und SPD/GRÜNEN.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Reduzierung des Ansatzes um 35.000 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN bei Enthaltung von CDU, Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) und PDS/ML angenommen.

Der Antrag des Magistrats auf Reduzierung des Ansatzes um 30.000 € (mehr Eigeninitiative der Vereine) ist damit erledigt.

5720/7150 "Defizitabdeckung Bäder"

Es liegen Anträge vor von Magistrat und PDS/ML.

Der Antrag von PDS/ML auf Erhöhung des Ansatzes um 81.000 € (Marbach für Publikum) wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN, CDU und Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) gegen die Stimme von PDS/ML abgelehnt.

Der Antrag des Magistrats auf Erhöhung des Ansatzes um 18.000 € (entspr. Wirtschaftsplan der Bäder) wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML bei Enthaltung von CDU und Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

5810/5710 "Naturschutz"

Es liegen Anträge vor von SPD/GRÜNEN, CDU und PDS/ML.

Der Antrag von PDS/ML auf Erhöhung des Ansatzes um 900 € für Naturfreunde wird gegen die Stimme der PDS/ML ansonsten einstimmig abgelehnt.

Der Antrag der CDU auf Reduzierung des Ansatzes um 12.820 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN, vom Ansatz 800 € für die Naturfreunde vorzusehen, wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

6100/5700 "Verbrauchsmittel"

Es liegen Anträge (teilweise identisch) vor von Magistrat, SPD/GRÜNEN und CDU.

Die identischen Anträge von SPD/GRÜNEN und CDU auf Reduzierung des Ansatzes um 10.000 € werden einstimmig angenommen.

Damit ist der Antrag des Magistrats auf Reduzierung des Ansatzes um 1.800 € erledigt.

6700/5411 "Kosten für Ökostrom"

Es liegen Anträge vor von Magistrat und CDU.

Die CDU-Fraktion ändert ihren ursprünglichen Antrag auf Reduzierung um 10.000 € jetzt auf eine Reduzierung um 9.800 € ab.

Die nunmehr identischen Anträge von Magistrat und CDU auf Reduzierung des Ansatzes um 9.800 € werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN, CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) bei Enthaltung von PDS/ML angenommen.

6820/6550 "Gutachten Parkraumkonzept"

Es liegen Anträge vor von SPD/GRÜNEN und CDU.

Der Antrag der CDU auf Streichung des Ansatzes von 20.000 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) und PDS/ML abgelehnt.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN Sperre BPA, HFA wird einstimmig angenommen.

7900/7164 "Zuschuss MTM"

Es liegen Anträge vor von SPD/GRÜNEN und FDP.

Der Antrag der FDP auf Erhöhung des Ansatzes um 15.000 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Reduzierung des Ansatzes um 5.000 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

7910/5711 "Projekt Dorfläden"

Es liegen Anträge vor von SPD/GRÜNEN, CDU und PDS/ML.

Der Antrag von PDS/ML auf Veranschlagung von 50.000 € wird gegen die Stimme von PDS/ML ansonsten einstimmig abgelehnt.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Veranschlagung von 36.000 € (überführen in Hst. 0250/5711 und nicht deckungsfähig) wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML bei Enthaltung von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Der Antrag der CDU, dass 6.000 € des beschlossenen Ansatzes für Ginseldorf reserviert sind, wird mit den Stimmen von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) bei Enthaltung von SPD/GRÜNEN und PDS/ML angenommen.

7910/5750 "City-Management"

Es liegen Anträge vor von Magistrat, SPD/GRÜNEN und CDU.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Streichung des Ansatzes von 50.000 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Die identischen Anträge von Magistrat und CDU auf Reduzierung des Ansatzes um 25.000 € sind damit erledigt.

7910/6610 "Mitgliedsbeitrag Regionalmanagement"

Es liegen Anträge (teilweise identisch) vor von Magistrat, SPD/GRÜNEN und CDU.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Veranschlagung von 20.000 € (Sperrung Aufhebung HFA, kein Deckungskreis) wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML bei Enthaltung von CDU und Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Die teilweise identischen Anträge von Magistrat und CDU auf Veranschlagung von 20.000 € sind ebenfalls angenommen.

Der Antrag des Magistrats, die Haushaltsstelle in den Deckungskreis 43.560 aufzunehmen, ist damit abgelehnt.

7920/7150 "Zuw. an Stadtwerke ÖPNV-Anbindung Bad"

Es liegen Anträge (teilweise identisch) vor von Magistrat, SPD/GRÜNEN, CDU und PDS/ML.

Der Stadtverordnete Köster-Sollwedel ändert seinen ursprünglichen Antrag auf Veranschlagung von 130.000 € dahingehend ab, dass er sich nunmehr den identischen Anträgen von SPD/GRÜNEN und CDU auf Veranschlagung von 20.000 € anschließt.

Die identischen Anträge von Magistrat, SPD/GRÜNEN, CDU und PDS/ML auf Veranschlagung von 20.000 € werden einstimmig angenommen.

Der weitere Antrag des Magistrats auf Verhängung einer Sperrung wird gegen die Stimme der Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) ansonsten einstimmig abgelehnt.

7920/7151 "Zuw. an Stadtwerke Stadtteilbus Ost"

Es liegen Anträge (teilweise identisch) vor von Magistrat, SPD/GRÜNEN, CDU und PDS/ML.

Der Stadtverordnete Köster-Sollwedel ändert seinen ursprünglichen Antrag auf Veranschlagung von 180.000 € dahingehend ab, dass er sich nunmehr den identischen Anträgen von Magistrat, SPD/GRÜNEN und CDU auf Veranschlagung von 80.000 € anschließt.

Der Stadtverordnete Acker beantragt, die Veranschlagung von 80.000 € mit einem Sperrvermerk zu versehen, der durch den Haupt- und Finanzausschuss aufzuheben ist.

Die identischen Anträge von Magistrat, SPD/GRÜNEN, CDU und PDS/ML auf Veranschlagung von 80.000 € - versehen mit einem Sperrvermerk - werden einstimmig angenommen.

SN 1 "Personalausgaben" und "Stellenplan"

Im Ausschuss besteht Einvernehmen darüber, diese beiden Punkte nach der Mittagspause unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln.

Damit sind die synoptischen Anträge zum Verwaltungshaushalt erledigt; der Vorsitzende Becker ruft anschließend die noch nicht behandelten Anträge des Magistrats zum Verwaltungshaushalt auf. Grundlage für die Abstimmung ist dabei die vom Magistrat am 10. Dezember 2002 im Ausschuss eingebrachte Liste der beantragten Änderungen zum Verwaltungshaushalt 2003.

Die noch nicht behandelten Anträge des Magistrats bezüglich der Einnahmen des Verwaltungshaushaltes werden bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) ansonsten einstimmig angenommen.

Zur Hst. 4552/5700 "Honorare und Sachkosten" wird nach einer Sitzungsunterbrechung in der Zeit von 10.38 Uhr bis 11.04 Uhr durch die Fraktionen von SPD/GRÜNEN ein Sperrvermerk für 30.000 € (Freigabe erfolgt durch Haupt- und Finanzausschuss) beantragt, der mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und CDU bei Enthaltung von PDS/ML und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen wird.

Die noch nicht behandelten Anträge des Magistrats bezüglich der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes (S. 23, 24, 26, 27 und 28 der maßgeblichen Abstimmungsvorlage) werden bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) ansonsten einstimmig angenommen.

Die noch nicht behandelten Anträge des Magistrats (S. 25 der maßgeblichen Abstimmungsvorlage) werden bei Enthaltung von PDS/ML und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) ansonsten einstimmig angenommen.

Damit sind die Anträge des Magistrats zum Verwaltungshaushalt insoweit erledigt; der Vorsitzende Becker ruft anschließend die noch nicht behandelten Anträge von SPD/GRÜNEN zum Verwaltungshaushalt anhand der am 10. Dezember 2002 im Haupt- und Finanzausschuss eingebrachten Änderungsliste zur Abstimmung auf:

Zur Hst. 1300/1620 "Erstattungen vom Kreis" bittet der Stadtverordnete Aab darum, dass die Verhandlungen mit dem Kreis zum Abschluss gebracht werden sollen.

Die noch nicht behandelten Anträge von SPD/GRÜNEN zum Verwaltungshaushalt auf den Seiten 75, 77, 79, 80 und 81 der maßgeblichen Abstimmungsvorlage werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, PDS/ML und Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Die noch nicht behandelten Anträge von SPD/GRÜNEN zum Verwaltungshaushalt auf den Seiten 76 und 78 der maßgeblichen Abstimmungsvorlage werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und PDS/ML bei Enthaltung der Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Damit sind die Anträge von SPD/GRÜNEN zum Verwaltungshaushalt erledigt; der Vorsitzende Becker ruft anschließend die noch nicht behandelten Anträge der CDU zum Verwaltungshaushalt anhand der am 10. Dezember 2002 im Ausschuss eingebrachten Änderungsliste der CDU zur Abstimmung auf:

Die noch nicht behandelten Anträge der CDU zum Verwaltungshaushalt auf der Seite 91 der maßgeblichen Abstimmungsvorlage werden mit den Stimmen von SPD/Grünen und PDS/ML gegen die Stimmen von CDU und Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Die noch nicht behandelten Anträge der CDU zum Verwaltungshaushalt auf den Seiten 92, 93 und 94 der maßgeblichen Abstimmungsvorlage werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Der Stadtverordnete Dr. Wulff beantragt zu den Haushaltsstellen 4640/7010 "Zuschüsse freier Träger" und 4640/5310 "Kindergarten Cappel" die Einzelabstimmung.

Der Antrag zur Hst. 4640/7010 "Zuschüsse freier Träger" wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Der Antrag zur Hst. 4640/5310 "Kindergarten Cappel" wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU, PDS/ML und Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Damit sind die Anträge der CDU zum Verwaltungshaushalt erledigt; der Vorsitzende Becker ruft anschließend die noch nicht behandelten Anträge von PDS/ML zum Verwaltungshaushalt anhand der am 10. Dezember 2002 eingebrachten Änderungsanträge zur Abstimmung auf:

Der Stadtverordnete Köster-Sollwedel beantragt die Einzelabstimmung zu folgenden Positionen:

"Erhöhung aller Zuschüsse an freie Träger um 3,5 %"

Dieser Antrag wird gegen die Stimme von PDS/ML ansonsten einstimmig abgelehnt.

1130 "Personalausgaben"

Dieser Antrag (Klimaschutzbeauftragter) wird gegen die Stimme von PDS/ML ansonsten einstimmig abgelehnt.

4390/7000 "Zuschüsse an versch. Träger" (Frauen helfen Frauen + 12.000 €)

Über diesen Antrag wurde bereits in der Synopse abgestimmt.

5720/7150 "Defizitabdeckung Bäder" (Öffnung Marbach + 81.000 €)

Über diesen Antrag wurde bereits in der Synopse abgestimmt.

7920/.... "Zuschuss für Regiotram-Gutachten"

Dieser Antrag wird gegen die Stimme von PDS/ML ansonsten einstimmig abgelehnt.

9000/0030 "Gewerbsteuer"

Dieser Antrag wird gegen die Stimme von PDS/ML ansonsten einstimmig abgelehnt.

Die übrigen noch nicht behandelten Anträge von PDS/ML zum Verwaltungshaushalt auf den Seiten 108, 109 und 110 der maßgeblichen Abstimmungsvorlage werden gegen die Stimme von PDS/ML ansonsten einstimmig abgelehnt.

Damit sind die Anträge der PDS/ML zum Verwaltungshaushalt erledigt.

Der Vorsitzende Becker ruft nunmehr zur Gesamtabstimmung des Verwaltungshaushaltes (außer Personalkosten) auf:

Der Verwaltungshaushalt wird nach Maßgabe der zuvor gefassten Beschlüsse mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN gegen die Stimme von PDS/ML bei Enthaltung von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und

MBL) angenommen.

Der Vorsitzende ruft nunmehr die in der Synopse zusammengestellten Anträge des Vermögenshaushaltes einzeln zur Abstimmung auf:

8300/3300 "Übertragung Stammkapital Stadtwerke Marburg Verwaltung GmbH"

Es liegen identische Anträge vor von Magistrat und SPD/GRÜNEN.

Die CDU-Fraktion tritt den identischen Anträgen von Magistrat und SPD/GRÜNEN bei.

Die identischen Anträge von Magistrat, SPD/GRÜNEN und CDU auf Veranschlagung von 25.000 € werden einstimmig angenommen.

0020/9400 "Ortsvorsteherbüro Moischt"

Es liegen identische Anträge vor von Magistrat und SPD/GRÜNEN.

Die identischen Anträge von Magistrat und SPD/GRÜNEN auf Streichung des Ansatzes von 102.300 € werden einstimmig angenommen.

**0250/9410 "Dorfladen Ginseldorf und
0250/9420 "Dorfladen Michelbach"**

Es liegen Anträge (teilweise identisch) vor von SPD/GRÜNEN, CDU und PDS/ML.

Der Antrag von PDS/ML auf Veranschlagung von 80.000 € für Ginseldorf und Michelbach (Zuschuss für Grundsortiment und Ladenausstattung) wird gegen die Stimme der PDS/ML ansonsten einstimmig abgelehnt.

Die identischen Anträge von SPD/GRÜNEN und CDU auf Veranschlagung von 65.000 € für Dorfladen Ginseldorf werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN, PDS/ML und CDU gegen die Stimme der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung für Dorfladen Michelbach in Höhe von 15.000 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML bei Enthaltung von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

1110/9400 "Beseitigung von brandschutz- und sicherheitstechnischen"

Mängeln in Gebäuden"

Die Anträge von Magistrat (Wiederholungsveranschlagung) und SPD/GRÜNEN (Reduzierung des Ansatzes) werden zurückgezogen.

1300/9350 "Geräte und Ausrüstungen"

Es liegen Anträge vor von SPD/GRÜNEN und CDU.

Der Antrag der CDU auf Erhöhung des Ansatzes um 34.000 € (Installation Sirenen) wird gegen die Stimmen der CDU ansonsten einstimmig abgelehnt.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Reduzierung des Ansatzes um 20.000 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

1300/9401 "Erneuerungen an Feuerwehrhäusern"

Es liegen Anträge (teilweise identisch) vor von Magistrat, SPD/GRÜNEN und CDU.

Der Stadtverordnete Dr. Wulff ändert für die CDU-Fraktion den ursprünglichen Antrag auf Reduzierung um 108.000 € (Verlagerung zur VE) dahingehend ab, dass nunmehr eine Reduzierung um 84.000 € (Verlagerung zur VE) beantragt wird.

Dem Antrag der CDU auf Reduzierung des Ansatzes um 84.000 € (Verlagerung zur Verpflichtungsermächtigung für Feuerwehrhaus Marbach) wird einstimmig zugestimmt.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Reduzierung des Ansatzes um 40.000 € für elektr. Anlagen wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Die identischen Anträge von Magistrat und SPD/GRÜNEN auf Reduzierung des Ansatzes um 100.000 € für Erneuerung Hallentore Cappel wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML bei Enthaltung von CDU und Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Der Antrag des Magistrats auf Veranschlagung einer Wiederholungsveranschlagung in Höhe von 39.600 € (Umbau Feuerwehrhaus Marbach) wird einstimmig angenommen.

2304/9401 "Erneuerungsmaßnahmen"

Es liegen identische Anträge vor von Magistrat und CDU.

Die identischen Anträge von Magistrat und CDU auf Reduzierung des Ansatzes um 20.000 € (Dämmung Dachgeschoss und Ersatz Brandschutztür) werden einstimmig angenommen.

2304/9410 "Ausbau Dachgeschoss und Neugestaltung Außenanlagen"

Es liegen identische Anträge vor von Magistrat und CDU.

Die identischen Anträge von Magistrat und CDU auf Veranschlagung von 490.000 € werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN, CDU und PDS/ML bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

2304/9420 "Wettbewerb Umfeld Martin-Luther-Schule und Stadthallenbereich"

Es liegen identische Anträge vor von Magistrat, CDU und BfM.

Die identischen Anträge von Magistrat, CDU und BfM auf Veranschlagung von 50.000 € werden einstimmig angenommen.

2920/9600 "Neugestaltung Schulhöfe"

Es liegen Anträge vor von Magistrat und CDU.

Der Antrag der CDU auf Reduzierung des Ansatzes um 100.000 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Der Antrag des Magistrats auf Veranschlagung einer Wiederholungsveranschlagung von 4.000 €, Neuveranschlagungen von 27.500 € und Verlagerung zur Verpflichtungsermächtigung 25.000 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML bei Enthaltung von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

3300/9874 "Zuschuss Abraxas"

Es liegen Anträge vor von SPD/GRÜNEN und PDS/ML.

Der Antrag von PDS/ML auf Veranschlagung von 12.140 € (Ersatz für veraltete Technik) wird gegen die Stimme von PDS/ML ansonsten einstimmig abgelehnt.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Veranschlagung von 3.000 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen von CDU und Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

3300/98792 "Zuschuss Café Trauma"

Es liegen Anträge (teilweise identisch) vor von Magistrat, SPD/GRÜNEN, CDU und BfM.

Die identischen Anträge von CDU und BfM auf Streichung des Ansatzes von 230.000 € werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen von CDU und Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Der Antrag des Magistrats auf Veranschlagung einer Wiederholungsveranschlagung von 18.300 € (Umzug), dem die CDU-Fraktion beitrifft, und Übernahme des SPD/GRÜNEN-Antrages auf Text-Änderung im Vorbericht "Sicherheit Café Trauma" wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN, CDU und PDS/ML gegen die Stimme der Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

3300/98794 "Zuschuss Hess. Landestheater"

Es liegen Anträge vor von Magistrat und CDU.

Der Antrag der CDU auf Reduzierung des Ansatzes um 7.625 € (50 %-Kürzung) wird gegen die Stimmen der CDU ansonsten einstimmig abgelehnt.

Der Antrag des Magistrats auf Erhöhung des Ansatzes um 6.940 € (Wiederholungsveranschlagung (Ergänzung und Erneuerung Bühneneinrichtung) wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Zählergemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

3400/9351 "Ausstattung Haus der Romantik"

Es liegen identische Anträge vor von CDU und BfM.

Die identischen Anträge von CDU und BfM auf Veranschlagung von 2.500

€ werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, PDS/ML und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

3700/9871 "Zuschuss an Kirchengemeinden" (Baulastverpflichtung)

Es liegen Anträge vor von Magistrat und SPD/GRÜNEN.

Die Stadtverordnete Dr. Weinbach ändert für die SPD/GRÜNEN-Fraktion ihren ursprünglichen Antrag auf Reduzierung um 150.000 € (Verlagerung zur VE) dahingehend ab, dass es nunmehr eine Reduzierung um 200.000 € und Verlagerung zur Verpflichtungsermächtigung sein soll.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Reduzierung des Ansatzes um 200.000 € (Verlagerung zur Verpflichtungsermächtigung) wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN bei Enthaltung von CDU, PDS/ML und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Der Antrag des Magistrats auf Erhöhung des Ansatzes um 186.900 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und CDU bei Enthaltung von PDS/ML und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

3700/9878 "Zuschüsse für sonstige Zwecke"

Es liegen identische Anträge vor von Magistrat, SPD/GRÜNEN und CDU.

Die identischen Anträge von Magistrat, SPD/GRÜNEN und CDU auf Veranschlagung von 10.000 € (Anbau Aufzugsanlage am Treppenhaus des Turmes der Markuskirche Marbach) werden bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) ansonsten einstimmig angenommen.

4681/9350 "Ausstattung Treffpunkt Richtsberg"

Es liegen inhaltlich identische Anträge vor von Magistrat und SPD/GRÜNEN.

Die inhaltlich identischen Anträge von Magistrat und SPD/GRÜNEN auf Streichung des Ansatzes von 2.050 € werden gegen die Stimme der PDS/ML ansonsten einstimmig angenommen.

4681/9870 "Zuschuss BSF"

Es liegen inhaltlich identische Anträge vor von Magistrat und SPD/GRÜNEN.

Die inhaltlich identischen Anträge von Magistrat und SPD/GRÜNEN auf

Veranschlagung von 6.135 € Wiederholungsveranschlagung (Ausstattung für die BSF e. V.) werden einstimmig angenommen.

5600/9699 "Planungskosten für Sportanlagen"

Es liegen Anträge vor von Magistrat und SPD/GRÜNEN.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN: Ergänzung im Vorbericht "Bedarf u. a. in Michelbach ist zu prüfen" und der Antrag des Magistrats auf Reduzierung des Ansatzes um 2.000 € (Ausgleich Mehrkosten bei Hst. 5500/9871) werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN bei Enthaltung von CDU, PDS/ML und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

5600/96991 "Umbau Hartplatz I Georg-Gaßmann-Stadion"

Es liegen Anträge vor von Magistrat und SPD/GRÜNEN.

Der Stadtverordnete Acker ändert den ursprünglichen Antrag von SPD/GRÜNEN auf Reduzierung um 300.000 € (Verlagerung zur VE) auf eine Reduzierung um 305.500 € (Verlagerung zur VE) ab.

Die nunmehr identischen Anträge von Magistrat und SPD/GRÜNEN auf Reduzierung des Ansatzes um 305.500 € (Verlagerung zur Verpflichtungsermächtigung) werden einstimmig angenommen.

5810/9600 "Ausbau von Anlagen und Spazierwegen"

Es liegen Anträge vor von Magistrat, SPD/GRÜNEN und CDU.

Der Stadtverordnete Dr. Wulff ändert für die CDU-Fraktion den ursprünglichen Antrag auf Reduzierung um 164.000 € (Verlagerung zur VE) auf eine Reduzierung um 150.000 € (Verlagerung zur VE) ab. Gleichzeitig sind die Begründungen für die einzelnen Posten zu streichen. Auch für die Fraktion von SPD/GRÜNEN wird der Antrag dahingehend abgeändert, dass 150.000 € nunmehr zur Verpflichtungsermächtigung verlagert werden sollen.

Die nunmehr identischen Anträge von SPD/GRÜNEN und CDU auf Reduzierung des Ansatzes um 150.000 € und Verlagerung zur Verpflichtungsermächtigung werden gegen die Stimme von PDS/ML ansonsten einstimmig angenommen.

Der Antrag des Magistrats auf Erhöhung des Ansatzes um 47.750 € (Wiederholungsveranschlagung Fußweg Eselsgrund, Cappel 9.450 €, Baumscheibensanierung 35.000 €, Pflege Zu den Sandbeeten 1.500 € und Pflege Fahrbahnteiler 1.800 €) wird bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) ansonsten einstimmig angenommen.

5810/9660 "Renaturierung Lahnuferparkplätze"

Es liegen Anträge vor von SPD/GRÜNEN und PDS/ML.

Der Antrag von PDS/ML auf Veranschlagung von 150.000 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und CDU gegen die Stimme der PDS/ML bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Veranschlagung von 25.000 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

6100/9351 "Digitalisieren von Kartenmaterial"

Es liegen Anträge vor von Magistrat und SPD/GRÜNEN.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Reduzierung des Ansatzes um 11.000 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Der Antrag des Magistrats auf Erhöhung des Ansatzes um 22.000 € für eine Wiederholungsveranschlagung wird einstimmig angenommen.

6100/9401 "Vorbereitung von Baumaßnahmen - Planung - "

Es liegen Anträge vor von Magistrat, SPD/GRÜNEN und CDU.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Reduzierung des Ansatzes um 100.000 € wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Damit ist der Antrag der CDU auf Reduzierung des Ansatzes um 35.000 € erledigt.

Der Antrag des Magistrats auf eine Wiederholungsveranschlagung von 47.000 € , die durch Einsparungen bei der gleichen Haushaltsstelle aufgefangen wird, wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML bei Enthaltung von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

6300/9601 "Bau von Fuß- und Radwegen"

Es liegen Anträge vor von Magistrat, CDU und PDS/ML.

Der Antrag von PDS/ML auf Erhöhung des Ansatzes um 297.000 € wird gegen die Stimme von PDS/ML ansonsten einstimmig abgelehnt.

Der Antrag der CDU auf Erhöhung des Ansatzes um 45.000 € (Verbindungsweg Ginseldorf/Bauerbach) wird dahingehend abgeändert, dass dieser Betrag im Haushaltsansatz enthalten ist. Dieser Antrag wird auch vom Magistrat und den Fraktionen von SPD/GRÜNEN übernommen, so dass identische Anträge vorliegen.

Die identischen Anträge von Magistrat, SPD/GRÜNEN und CDU, dass ein Teil des Haushaltsansatzes für den Verbindungsweg Ginseldorf/Bauerbach reserviert ist, werden gegen die Stimme der PDS/ML bei Enthaltung der CDU ansonsten einstimmig angenommen.

Der Stadtverordnete Dr. Wulff gibt zu Protokoll, dass sich die Fraktion der CDU enthält, weil diese eine Asphaltierung des Weges beantragt.

Im Vorbericht ist die Maßnahme "Verbindungsweg Ginseldorf/Bauerbach" entsprechend auszuweisen.

Der Antrag des Magistrats auf Erhöhung des Ansatzes um 81.000 € (Ausbesserung Radweg Lahnufer zwischen Mensa und Bahnhof 35.000 €, Beschilderung am Lahnradweg für Radtouristen 8.000 €, Wiederholungsveranschlagung 38.000 €) wird gegen die Stimme der PDS/ML bei Enthaltung der CDU ansonsten einstimmig angenommen.

6300/9656 "Straßenbau kleinere Maßnahmen"

Es liegen Anträge vor von Magistrat und PDS/ML.

Der Antrag von PDS/ML auf Reduzierung des Ansatzes um 290.000 € wird gegen die Stimme von PDS/ML ansonsten einstimmig abgelehnt.

Der Antrag des Magistrats auf Reduzierung des Ansatzes um 95.000 € (versch. Maßnahmen) und Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 530.000 € wird bei Enthaltung von PDS/ML ansonsten einstimmig angenommen.

6300/969965 "Baumpflanzungen Bauerbacher Straße"

Es liegen Anträge vor von Magistrat und CDU.

Der Antrag der CDU auf Streichung des Ansatzes von 75.000 € (Verlagerung zur Verpflichtungsermächtigung) wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Der Antrag des Magistrats auf Streichung des Ansatzes von 75.000 € (zurückgestellt) wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML bei Enthaltung von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

6300/96997 "Verkehrsberuhigung Ockershausen"

Es liegen Anträge vor von Magistrat und CDU.

Der Antrag der CDU auf Streichung des Ansatzes von 50.000 € (so nicht realisierbar) wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Der Antrag des Magistrats auf Reduzierung des Ansatzes um 25.000 € (Verlagerung zur Verpflichtungsermächtigung) wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN gegen die Stimme von PDS/ML bei Enthaltung von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

6600/9648 "Umgestaltung Bahnhofsvorplatz"

Es liegen Anträge vor von Magistrat und BfM.

Der Antrag des Magistrats auf Reduzierung der Ansätze um 40.000 € bzw. 45.000 € bei Verpflichtungsermächtigungen wird gegen die Stimme von PDS/ML ansonsten einstimmig angenommen.

Der Antrag der BfM auf Einsparpotential (ohne betragliche Festlegung) ist damit erledigt.

7610/94001 "Erneuerungen an Bürgerhäusern"

Es liegen Anträge vor von Magistrat und CDU.

Der Antrag der CDU auf Erhöhung des Ansatzes (behindertengerechter Zugang Bürgerhaus Marbach) um 20.000 € wird mit den Stimmen von

SPD/GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und PDS/ML bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Der Antrag vom Magistrat auf Reduzierung des Ansatzes um 44.000 € für Erneuerung Beleuchtung Bürgerhaus Moischt wird von Bürgermeister Vaupel zurückgezogen.

7900/9870 "Zuschuss Tourismus GmbH"

Es liegen identische Anträge vor von SPD/GRÜNEN und FDP.

Die identischen Anträge von SPD/GRÜNEN und FDP auf Streichung von 15.000 € werden gegen die Stimmen der CDU ansonsten einstimmig angenommen.

Damit sind die synoptischen Anträge zum Vermögenshaushalt erledigt; der Vorsitzende Becker ruft anschließend die noch nicht behandelten Anträge des Magistrats zum Vermögenshaushalt auf. Grundlage für die Abstimmung ist dabei die vom Magistrat am 10. Dezember 2002 im Ausschuss eingebrachte Liste der beantragten Änderungen zum Vermögenshaushalt 2003:

Die noch nicht behandelten Anträge des Magistrats bezüglich der Einnahmen des Vermögenshaushaltes auf den Seiten 33 - 35 der maßgeblichen Abstimmungsvorlage werden bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) ansonsten einstimmig angenommen.

Die noch nicht behandelten Anträge des Magistrats bezüglich der Ausgaben des Vermögenshaushaltes auf den Seiten 36, 38 - 44 und 47 der maßgeblichen Abstimmungsvorlage werden bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) ansonsten einstimmig angenommen.

Die noch nicht behandelten Anträge des Magistrats bezüglich der Ausgaben des Vermögenshaushaltes auf den Seiten 37, 46 und 48 der maßgeblichen Abstimmungsvorlage werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und CDU bei Enthaltung von PDS/ML und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Die noch nicht behandelten Anträge des Magistrats bezüglich der Ausgaben des Vermögenshaushaltes auf der Seite 45 der maßgeblichen Abstimmungsvorlage werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und CDU gegen die Stimme von PDS/ML bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Die noch nicht behandelten Anträge des Magistrats bezüglich der Verpflichtungsermächtigungen auf den Seiten 51 und 53 der maßgeblichen Abstimmungsvorlage werden bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) ansonsten einstimmig angenommen.

Die noch nicht behandelten Anträge des Magistrats bezüglich der Verpflichtungsermächtigungen auf der Seite 52 der maßgeblichen Abstimmungsvorlage werden bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) ansonsten einstimmig angenommen.

mungsvorlage werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und CDU bei Enthaltung von PDS/ML und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Damit sind die Anträge des Magistrats zum Vermögenshaushalt erledigt; der Vorsitzende ruft anschließend die noch nicht behandelten Anträge von SPD/GRÜNEN zum Vermögenshaushalt anhand der am 10. Dezember 2002 im Haupt- und Finanzausschuss eingebrachten Änderungsliste zur Abstimmung auf:

Die noch nicht behandelten Anträge von SPD/GRÜNEN bezüglich der Ausgaben des Vermögenshaushaltes auf der Seite 85 der maßgeblichen Abstimmungsvorlage werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML bei Enthaltung von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Die noch nicht behandelten Anträge von SPD/GRÜNEN bezüglich der Ausgaben des Vermögenshaushaltes auf der Seite 86 der maßgeblichen Abstimmungsvorlage werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN bei Enthaltung von CDU, PDS/ML und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Damit sind die Anträge von SPD/GRÜNEN zum Vermögenshaushalt erledigt; der Vorsitzende Becker ruft anschließend die noch nicht behandelten Anträge der CDU zum Vermögenshaushalt anhand der am 10. Dezember 2002 im Ausschuss eingebrachten Änderungsliste der CDU zur Abstimmung auf:

Die noch nicht behandelten Anträge der CDU bezüglich der Ausgaben des Vermögenshaushaltes (S. 97 der maßgeblichen Abstimmungsvorlage) werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) abgelehnt.

Die noch nicht behandelten Anträge der CDU bezüglich der Verpflichtungsermächtigungen (S. 98 der maßgeblichen Abstimmungsvorlage) werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Zählgemeinschaft abgelehnt.

Damit sind die Anträge der CDU zum Vermögenshaushalt erledigt; der Vorsitzende Becker ruft anschließend die noch nicht behandelten Anträge der BfM zum Vermögenshaushalt anhand der am 10. Dezember 2002 im Ausschuss eingebrachten Änderungsliste der BfM zur Abstimmung auf:

Die noch nicht behandelten Anträge der BfM zum Vermögenshaushalt (S. 105 und 106 der maßgeblichen Abstimmungsvorlage) werden mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimme der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) bei Enthaltung der CDU abgelehnt.

Damit sind die Anträge der BfM zum Vermögenshaushalt erledigt; der Vorsitzen-

de Becker ruft anschließend die noch nicht behandelten Anträge von PDS/ML zum Vermögenshaushalt anhand der am 10. Dezember 2002 im Ausschuss eingebrachten Änderungsliste von PDS/ML zur Abstimmung auf:

Der Stadtverordnete Köster-Sollwedel beantragt die Einzelabstimmung zu folgenden Haushaltsstellen:

2105 "Ein-Feld-Halle für Otto-Ubbelohde-Schule"

Mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und CDU gegen die Stimme der PDS/ML bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) wird der Antrag abgelehnt.

5810/9660 "Renaturierung Lahnuferparkplätze"

Über diesen Antrag wurde bereits in der Synopse abgestimmt.

6300 "Möblierung Barfüßerstraße"

Mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und CDU gegen die Stimme von PDS/ML bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) wird der Antrag abgelehnt.

Alle übrigen noch nicht behandelten Anträge von PDS/ML zum Vermögenshaushalt (S. 110 der maßgeblichen Abstimmungsvorlage) werden gegen die Stimme von PDS/ML ansonsten einstimmig abgelehnt.

Damit sind die Anträge von PDS/ML zum Vermögenshaushalt erledigt; der Vorsitzende Becker ruft nunmehr zur Gesamtabstimmung des Vermögenshaushaltes auf:

Der Vermögenshaushalt wird nach Maßgabe der zuvor gefassten Beschlüsse mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN gegen die Stimme von PDS/ML bei Enthaltung von CDU und Zählgemeinschaft angenommen.

Damit sind die Anträge zum Vermögenshaushalt erledigt; der Vorsitzende Becker ruft nunmehr den Antrag von SPD/GRÜNEN zum Investitionsprogramm auf:

Der Antrag von SPD/GRÜNEN zum Investitionsprogramm wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML bei Enthaltung von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Der Vorsitzende Becker ruft anschließend die Gesamtabstimmung zum Investitionsprogramm auf:

Das Investitionsprogramm wird nach Maßgabe der zuvor gefassten Beschlüsse mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN gegen die Stimme von PDS/ML bei Enthaltung von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Nach der Mittagspause in der Zeit von 13.00 Uhr bis 14.10 Uhr ruft der Vorsitzende die Personalausgaben und den Stellplan zur Abstimmung auf. Während des Beratungs- und Abstimmungsverfahrens ist die Öffentlichkeit (bis auf einen Teil der Verwaltung) ausgeschlossen. Der Beschluss zum Ausschluss der Öffentlichkeit wird bei Enthaltung der PDS/ML ansonsten einstimmig gefasst. Zu diesem Thema werden dem Ausschuss 2 Vorschläge zur Formulierung des § 10 der Haushaltssatzung und ein Vorschlag bezüglich des Konzeptes zur Personalentwicklung ausgehändigt.

SN 1 "Personalausgaben"

Es liegen Anträge (teilweise identisch) vor von Magistrat, SPD/GRÜNEN, CDU, BfM, PDS/ML und FDP.

Der Antrag der PDS/ML auf Erhöhung der Personalkosten um 52.678 € (Klimaschutzbeauftragter) wird mit den Stimmen SPD/GRÜNEN, CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) gegen die Stimme der PDS/ML abgelehnt.

Der Antrag der PDS/ML auf Erhöhung der Personalkosten um 160.826 € (Kindergärten) wird mit den Stimmen SPD/GRÜNEN, CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) gegen die Stimme der PDS/ML abgelehnt.

Die identischen Anträge von SPD/GRÜNEN und CDU auf Reduzierung der Personalkosten um 112.000 € (Essenmarken) werden bei Enthaltung der PDS/ML ansonsten einstimmig angenommen.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Reduzierung der Personalausgaben um 590.000 € (Globalkürzung) wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) bei Enthaltung der PDS/ML angenommen.

Der Magistratsantrag auf interne Verschiebungen ist damit erledigt.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Setzung einer Stellenbesetzungssperre, die durch den Magistrat ggf. durch den Haupt- und Finanzausschuss aufzuheben ist, wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN bei Enthaltung der CDU, PDS/ML und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Die Anträge der BfM (Stellenbesetzungssperre, Beförderungssperre) und der FDP (Stellenbesetzungssperre: Aufhebung durch Haupt- und Finanzausschuss) sind damit erledigt.

Die identischen Anträge von SPD/GRÜNEN und FDP, den Beförderungstermin auf den 01. Oktober 2003 festzusetzen, wird von den antragstellenden Fraktionen dahingehend abgeändert, dass der Beförderungstermin zukünftig immer der 01. Oktober eines Jahres sein soll. Dieser so geänderte Antrag wird bei Enthaltung der CDU ansonsten einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende ruft die in der Synopse zusammengestellten Anträge zum Stellenplan zur Abstimmung auf:

"Stellenplan"

Es liegen Anträge vor von Magistrat und SPD/GRÜNEN.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN wird von den Antragstellern dahingehend abgeändert, dass die Stelle Feuerwehr nicht gestrichen, sondern gesperrt wird. Die Freigabe der Stelle erfolgt durch den Haupt- und Finanzausschuss nach Vorlage eines Einsatzkonzeptes (Schichtplan).

Der Antrag von SPD/GRÜNEN auf Streichung von einer Stelle Allgemeiner Sozialer Dienst, einer Stelle Ausländerbehörde und Sperre der Stelle bei der Feuerwehr wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) bei Enthaltung der PDS/ML angenommen.

Der Antrag des Magistrats zum Beschluss des Stellenplanes 2003 wird zurückgestellt, bis über die weiteren Anträge von SPD/GRÜNEN zum Personal entschieden wird.

Der Vorsitzende Becker ruft daraufhin die bisher noch nicht behandelten Anträge von SPD/GRÜNEN zum Personal zur Abstimmung auf:

Der Antrag von SPD/GRÜNEN,

"die Arbeitsgruppe Neues Finanzwesen soll zeitlich gestreckt werden bis 2008 und sich zunächst vorrangig mit den Folgen der Budgetierung für die Umsetzung der politischen Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung (z.B. durch Zielvereinbarungen) beschäftigen",

wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML bei Enthaltung von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN bezüglich der Vorlage eines Personalentwicklungskonzeptes wird durch die antragstellende Fraktion wie folgt geändert:

"Bis Februar 2003 ist zunächst dem Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform und dann dem Haupt- und Finanzausschuss ein Konzept Ziele und Maßnahmen zur Steuerung der Stellenpläne 2003 bis 2007 (Personalentwicklungsmaßnahmen im Sinne von Zielvereinbarungen, Qualifizierungen usw. sowie für ein entsprechendes Personalkostenmanagement) vorzulegen, andernfalls erfolgt von da an bis zur Vorlage des Konzeptes die Stellenfreigabe durch den Haupt- und Finanzausschuss und die Beförderungen bleiben gesperrt.

Bestandteil dieses Konzeptes soll auch die danach zu erwartende Entwicklung der Personalkosten für die nächsten 5 Jahre sein."

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Der Antrag von SPD/GRÜNEN zu den Beförderungszeiten soll als Begleitverfügung zum Stellenplan aufgenommen werden. Hierzu wird durch die antragstellende Fraktion klargestellt, dass diese Regelung nur eine Erklärung zum beschlossenen Stellenplan 2003 sein soll.

Auf der Basis dieser Erklärung zum Stellenplanentwurf 2003 ergeben sich unter Berücksichtigung der beschlossenen Wartezeiten und der Vorgabe, eine Stellenanhebung nach der Stellenbewertung bei den Beamten/Beamtinnen nur dann vorzunehmen, wenn der/die Stelleninhaber/-in auch nach Ablauf der Wartezeit befördert werden kann, folgende Änderungen:

FD/Amt/Abt.	Stelle im Stpl 2002	Stellenbewertung	Umsetzung Stellenplan
Personalabteilung	A 11	A 12	2003
Organisationsabteilung	A 14	A 15	2004
Stadtarchiv	A 13 g.D.	A 14	2003
Stadtarchiv	A 10	A 11	2003
Rechnungsprüfungsamt	A 14	A 15	2004
Stadtkasse *)	A 9 g.D.	A 10	2006
Zentrale Gebäudewirtschaft	A 8	A 9 m.D.	2003
Ordnungsamt	A 14	A 15	2005
Ausländerbehörde *)	A 9 g.D.	A 10	2003
Ausländerbehörde *)	A 9 g.D.	A 10	2019
Ausländerbehörde	A 9 m.D.	A 10	derzeit mit Angest. besetzt
Schulamt	A 13 h.D.	A 14	2003
Schulamt	IV b BAT	A 9 m.D.	2003 nach A 8 A 9 2005
Schulamt *)	A 9 m.D.	A 10	2003 A 9 g.D. A 10 2011
Sozialamt	A 11	A 12	2003
Sozialamt	A 11	A 12	2005
Sozialamt *)	A 9 m.D.	A 10	2003 A 9 g.D. A 10 2013

Sozialamt *)	V b BAT	A 10	2003 A 9 g.D. A 10 2016
Jugendamt	A 14	A 15	2003
Jugendamt *)	A 9 m.D.	A 10	2003 A 9 g.D. A 10 2010
Bauamt	A 15	A 16	2005
Bauaufsicht	BAT I b	A 14	2004

Bei den mit *) bezeichneten Stellen handelt es sich um Amtsinspektoren/Amtsinspektorinnen, die Aufgaben des gehobenen Dienstes wahrnehmen. Hier ist eine Übernahme nach § 24 der Hess. Laufbahnverordnung in den gehobenen Dienst ohne Laufbahnprüfung mit Ausnahmegenehmigung des Landespersonalamtes vorgesehen. Seitens der Dienststelle wurde hierfür ein Mindestalter von 50 Jahren (§ 24 HLVO mindestens 45 Jahre) festgelegt.

Aus stellenplantechnischen Gründen (Stellenkegel) ist eine Ausweisung dieser Stellen nach A 9 g.D. erforderlich. Beförderungsmöglichkeiten ergeben sich hieraus nicht. Die in der Zukunft liegenden Jahresangaben bezeichnen die Vollendung des 50. Lebensjahres.

Die Stellenanhebung bei der

Stadtplanung von BAT I b nach BAT I a

wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.

In den Stellenplänen der folgenden Jahre soll nur dann eine Änderung der Besoldungsgruppen erfolgen, wenn der/die Stelleninhaber/in die Wartezeiten erfüllt hat.

Nach einer Sitzungsunterbrechung in der Zeit von 15.20 Uhr bis 15.31 Uhr wird mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) folgender § 10 der Haushaltssatzung beschlossen:

§ 10

Stellenplan

1. Der Beförderungstermin für das Jahr 2003 wird auf den 1. Oktober 2003 festgesetzt.
2. Die Besetzung von neuen bzw. frei werdenden Stellen wird gesperrt.

Freigabe erfolgt durch den Magistrat nach Darlegung der Notwendigkeit der (Wieder-) Besetzung.

Die neugeschaffene Stelle bei der Feuerwehr wird durch den Haupt- und Finanzausschuss nach Vorlage eines Einsatzkonzeptes freigegeben.

3. Bis Februar 2003 ist zunächst dem Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform und dann dem Haupt- und Finanzausschuss ein Konzept Ziele und Maßnahmen zur Steuerung der Stellen-

pläne 2003 bis 2007 (Personalentwicklungsmaßnahmen im Sinne von Zielvereinbarungen, Qualifizierungen usw. sowie für ein entsprechendes Personalkostenmanagement) vorzulegen, andernfalls erfolgt von da an bis zur Vorlage des Konzeptes die Stellenfreigabe durch den Haupt- und Finanzausschuss und die Beförderungen bleiben gesperrt.

Bestandteil dieses Konzeptes soll auch die danach zu erwartende Entwicklung der Personalkosten für die nächsten 5 Jahre sein.

Die bereits getroffenen Personalentscheidungen behalten ihre Gültigkeit.

In einer Begleitverfügung zum Stellenplan:

Beförderungen:

Die Beförderungen der Beamten/innen können erst nach Ablauf folgender Zeiträume auf der vorherigen Besoldungsgruppe erfolgen:

- > von A 15 nach A 16: bei Männern 6 Jahre, bei Frauen 3 Jahre
- > Rest Höherer Dienst: bei Männern 5 Jahre, bei Frauen 2,5 Jahre
- > Gehobener Dienst: bei Männern 4 Jahre, bei Frauen 2 Jahre
- > Mittlerer Dienst: bei Männern 3 Jahre, bei Frauen 2 Jahre

Der Stellenplan soll diese Richtlinie bei den neuen Beförderungen berücksichtigen und abbilden.

Anschließend ruft der Vorsitzende den vom Magistrat am 10. Dezember 2002 eingebrachten Stellenplan zur Abstimmung auf:

Mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der PDS/ML und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) wird der Stellenplan des Magistrates unter Berücksichtigung der Änderungsanträge von SPD/GRÜNEN beschlossen.

Die Öffentlichkeit der Sitzung wird um 15.42 Uhr wieder hergestellt.

Der Vorsitzende ruft anschließend die Haushaltsvermerke zur Abstimmung auf:

Die Haushaltsvermerke werden nach Maßgabe der zuvor gefassten Beschlüsse einstimmig angenommen.

Damit sind die Einzelabstimmungen über die Änderungsanträge von Magistrat und Fraktionen erledigt; der Vorsitzende Becker ruft anschließend die Haushalts-

satzung zur Abstimmung auf:

Die Haushaltssatzung wird nach Maßgabe der zuvor gefassten Beschlüsse mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN gegen die Stimme von PDS/ML bei Enthaltung von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) angenommen.

Der Stadtverordnete Dr. Wulff gibt zu Protokoll, dass die Enthaltung der CDU im Haupt- und Finanzausschuss nicht das Abstimmungsverhalten der Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung präjudiziere.

Der Stadtverordnete Rehlich beantragt die **A U S S P R A C H E**.

Die Beratungen des Haupt- und Finanzausschusses zum Haushalt 2003 sind damit abgeschlossen.

TOP 3 Überplanmäßige Ausgabe nach § 100 HGO
hier: Hst. 7910/9250 'Darlehen an SCM'
Vorlage: VO/0901/2002

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt gegen die Stimme der PDS/ML ansonsten einstimmig:

Bei der Hst. 7910/9250 „Darlehen an SCM“ werden 210.000 € überplanmäßig bereitgestellt.

Die Deckung der Mehrausgabe erfolgt durch Minderausgaben bei der Haushaltsstelle 6170/9410 "Erneuerungsmaßnahmen"

Mit der überplanmäßigen Bereitstellung sind die Mittel zugleich freigegeben.

Der Stadtverordnetenversammlung ist hiervon anschließend Kenntnis zu geben.

TOP 4 Neufassung der Abfallsatzung der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/0799/2002

Der Ausschuss empfiehlt gegen die Stimme der PDS/ML ansonsten einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Der Stadtverordnete Köster-Sollwedel beantragt die **A U S S P R A C H E**.

**TOP 5 Marburger Förderzentrum für Existenzgründer aus der Universität (MAFEX)
- Zuschuss nachgewiesene Kosten 2001-**

Vorlage: VO/0852/2002

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, dass dem Antrag des MAFEX stattgegeben und ein anteiliger Zuschuss von 25 % der entstandenen und nachgewiesenen Kosten in Höhe von 15.906,88 DM (= 8.133,06 €) aus der Haushaltsstelle 7910/7163 „Kooperations- und Sonderprojekte“ zur Verfügung gestellt wird.

**TOP 6 Marburger Förderzentrum für Existenzgründer aus der Universität (MAFEX)
-Zuschuss nachgewiesene Kosten Jahr 2000-**

Vorlage: VO/0853/2002

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen von SPD/GRÜNEN und PDS/ML gegen die Stimmen von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL), den Antrag abzulehnen.

**TOP 7 Marburger Ortsrecht
hier: Erlass von Satzungen für steuerbegünstigte Betriebe gewerblicher Art der Universitätsstadt Marburg zur Sicherstellung der Steuerbegünstigung bei der Mittelbeschaffung für gemeinnützige Zwecke kommunaler Einrichtungen**

Vorlage: VO/0931/2002

Der Ausschuss wird darüber unterrichtet, dass unterschiedliche Vorlagen in den Einladungen des Haupt- und Finanzausschusses und der Stadtverordnetenversammlung enthalten sind (einmal ohne Feuerwehr bzw. einmal mit Feuerwehr).

Durch die Organisationsabteilung wird klargestellt, dass die Vorlage in der Einladung des Haupt- und Finanzausschusses (ohne Feuerwehr) die richtige Vorlage ist.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, dieser Vorlage zuzustimmen.

**TOP 8 Wirtschaftsplan 2003 und Finanzplan der
STADTWERKE MARBURG GMBH**

Vorlage: VO/0899/2002

Der Stadtverordnete Acker beantragt zu Beginn der Sitzung, diesen Tagesordnungspunkt erst in der Januarsitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu beraten.

Hiergegen werden keine Einwände erhoben.

**TOP 9 Wirtschaftsplan 2003 und Finanzplan der
Stadtwerke Marburg Verwaltung GmbH**

Vorlage: VO/0900/2002

Der Stadtverordnete Acker beantragt zu Beginn der Sitzung, diesen Tagesordnungspunkt erst in der Januarsitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu beraten.

Hiergegen werden keine Einwände erhoben.

**TOP 10 Änderung der Satzung der Sparkasse Marburg-Biedenkopf
Vorlage: VO/0910/2002**

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

**TOP 11 Übernahme einer Bürgschaft für die Stadtwerke GmbH
hier: KfW-Darlehen für das Gründerzentrum Marburg
Vorlage: VO/0942/2002**

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

**TOP 12 Genehmigung des Wirtschaftsplans 2003
für den Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg (DBM)**

Vorlage: VO/0951/2002

Der Stadtverordnete Acker beantragt zu Beginn der Sitzung, diesen Tagesordnungspunkt erst in der Januarsitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu beraten.

Hiergegen werden keine Einwände erhoben.

**TOP 13 Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2002 für den Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg**

Vorlage: VO/0953/2002

Der Ausschuss beschließt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

TOP 14 Photovoltaik-Anlagen auf städtischen Gebäuden
Vorlage: VO/0948/2002

Der Ausschuss empfiehlt bei Enthaltung von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) ansonsten einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

TOP 15 Wirtschaftsplan 2003 der Stiftung St. Jakob
Vorlage: VO/0933/2002

Der Stadtverordnete Acker beantragt zu Beginn der Sitzung, diesen Tagesordnungspunkt erst in der Januarsitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu beraten.

Hiergegen werden keine Einwände erhoben.

TOP 16 Stärkung der Region Mittelhessen
Vorlage: VO/0776/2002

Der Ausschuss ist sich darin einig, dass die Vorlage durch den entsprechenden Beschluss im Rahmen der Haushaltsabstimmung 2003 erledigt ist.

TOP 17 Anträge der Fraktionen

TOP 17.1 Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Abfallsortierung vor Ort

Vorlage: VO/0730/2002

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 17.2 Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Bedenken gegen eine Ausstellung zur Geschichte der Marburger Studentenverbindungen im Rathaus

Vorlage: VO/0945/2002

Der Ausschuss empfiehlt gegen die Stimmen von CDU und Zählgemeinschaft (FDP, BfM und MBL) mit den Stimmen der übrigen Fraktionen, der Vorlage zuzustimmen.

Der Stadtverordnete Köster-Sollwedel beantragt die **A U S S P R A C H E**.

TOP 18 Kenntnisnahmen

TOP 18.1 Aufnahme eines Darlehens von 13.000.000 €

Vorlage: VO/0881/2002

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 18.2 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe im Vermögenshaushalt 2002

hier: Hst. 1130/9850 'Zuschüsse für Photovoltaik-Anlagen'

Vorlage: VO/0894/2002

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 18.3 Überplanmäßige Ausgabe im Vermögenshaushalt 2002

hier: Hst. 9110/9900 'Kreditbeschaffungskosten und Ansparraten'

Vorlage: VO/0850/2002

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 18.4 Haushaltssituation 2002 / Nachtragshaushalt

hier: Kenntnisnahme der RP-Verfügung vom 06.11.2002

Vorlage: VO/0927/2002

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 19 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Marburg,

Vorsitzender:

**Reinhold Becker
Stadtverordneter**

Protokoll:

Theobald Preis